

Die Krise ist ihr Element

Neuseelands Regierungschefin Jacinda Ardern will die Corona-Pandemie auf ihrer Insel rasch ausmerzen

Sonja Blaschke, Tokio

Es war der 8. März. Eine gute Woche nach der ersten Coronavirus-Infektion in Neuseeland sass die Regierungschefin mit hochgekremelten Ärmeln am Tisch mit zwei Wissenschaftlerinnen. Sie nahm die Rolle einer ganz normalen Bürgerin ein, die in Zeiten der Pandemie Fragen stellt, Rat sucht - sympathisch und auf Augenhöhe mit dem Volk. Das Gespräch wurde per Facebook-Video ausgestrahlt.

Ardern blieb auch in den nächsten Wochen nahbar und unkompliziert. Ende März hielt sie über ihr Mobiltelefon eine Live-Fragestunde zu Covid-19 ab, das Bild bisweilen verwickelt und unscharf. «Ich dachte, ich gehe mal schnell online, um zu fragen, wie es euch geht, während wir alle dabei sind, uns für ein paar Wochen einzuzugeln», sagte sie im ausgewaschenen Sweatshirt. Gerade habe sie ihre knapp zwei-jährige Tochter Neve gefüttert. Sie sprach beruhigend, jedoch ohne zu beschönigen. Ardern war es ja, die früh und hart durchgegriffen hatte. Als die strikte Ausgangssperre begann, verzeichnete Neuseeland gerade 100 Infektionen.

Die Härte hat sich ausgezahlt. Ihr Land weist nun eine der am stärksten abfallenden Infektionskurven auf. So könnte es Neuseeland schaffen, das Virus nicht nur einzudämmen, wie dies andere Nationen anstreben, sondern es sogar zu eliminieren. «Aber dazu braucht es weiter ein Team von fünf Millionen», appellierte Ardern. Die Inselnation verzeichnete am Samstag nach über 115 000 Tests 1461 Fälle und 18 Tote - über jedes Todesopfer wurde sie direkt informiert. Durch ihre empathische und zu-



Mitfühlend und zugleich entschlossen: Premierministerin Jacinda Ardern. (5. April 2020)

gleich entschlossene Art hat sie sich einen Namen als perfekte Krisenmanagerin gemacht.

Schon nach den Terroranschlägen auf Moscheen in Christchurch im März 2019 fiel sie durch Mitgefühl und eine klare Haltung auf. Sie erhielt viel Zuspruch dafür, den Namen des Attentäters nicht auszusprechen, um dessen rassistischen Ideen keine Plattform zu geben. Herzlich umarmte sie Angehörige der 51 Todesopfer, aus Solidarität ein Kopftuch tragend. Innert weniger

Tage setzte sie strengere Waffen-gesetze durch.

Anfang 2017, als sie Vizechefin der Labourpartei geworden war, dürfte Ardern kaum geahnt haben, dass sie das Jahr als Parteichefin und Ministerpräsidentin beenden würde. Bei den Wahlen hatte ihre Partei noch knapp gegenüber der National Party verloren. Doch als sich die nationalistische New Zealand First zur Koalition mit Labour und den Grünen entschloss, kam die damals 37-Jährige plötzlich in die

Sie kürzte ihr Gehalt um 20 Prozent. Niemand hatte dies von ihr gefordert.

Regierung. Der «Jacinda-Effekt» verschaffte Labour damals einen Höhenflug mit Spendenrekorden. Sie wollte eine dezidiert linke Politik betreiben: Sozialer Wohnungsbau, Steuerreformen und

ein Ende von Kinderarmut standen zuoberst auf der Agenda ihrer Regierung. Doch nach ihrem ersten Amtsjahr sprachen manche von mehr Show als Substanz. So scheiterte sie bisher mit dem Projekt «Kiwi Build», das den Bau von 100 000 Wohnungen innert zehn Jahren vorsieht. Dafür initiierte sie im Juli 2018 ein Familienpaket mit mehr Ferien und finanziellen Hilfen. Sie engagierte sich für den Klimaschutz, setzte ein Verbot für Plastiksäcke durch. Sie reduzierte die Einwanderung, erhöhte jedoch zugleich die Flüchtlingsquote.

Ardern stammt aus einer Kleinstadt im Norden des Landes. Ihre Eltern - der Vater Polizist, die Mutter Kantinenmitarbeiterin - sind Mormonen. Weil sie sich für die Rechte der Homosexuellen einsetzt, wandte sie sich von der Religion ab. Sie studierte Politik und Public Relations und fing 2001 im Büro der Ministerpräsidentin Helen Clark an, die ihre politische Heldin war. Danach war sie auch im Beraterteam des britischen Premierministers Tony Blair, bevor sie 2008 erstmals den Schritt ins neuseeländische Parlament schaffte.

Natürlich steht Ardern unter Druck. Die Lockdown-Massnahmen und Einreiseverbote haben der neuseeländischen Wirtschaft stark zugesetzt, vor allem der Tourismusbranche, die 24 Milliarden Franken jährlich einbringt. Aber die überwiegende Mehrheit der Neuseeländer steht hinter ihr - und Ardern zeigte ihrerseits eindrucksvoll, dass sie an der Seite ihrer Bürger steht. Mitte März kürzte sie ihr Gehalt und das ihrer Minister um 20 Prozent. Niemand forderte dies von ihr - aber es zeigt einmal mehr, dass sie in hohem Mass glaubwürdig ist.

Europäischer Schuldenzauber

Die EU will aus Geld noch mehr Geld machen und es an ihre Mitglieder verteilen. Die Frage ist: Wer zahlt für die neuen Schulden?

Remo Hess, Brüssel

Es sind harte Wochen für Europa. Nicht nur für die Bürger, die unter den gesundheitlichen Folgen des Coronavirus und den Ausgangssperren leiden. Auch der Zusammenhalt unter den EU-Staaten wurde arg strapaziert. Italiens Regierungschef Giuseppe Conte warf Deutschland in einem Interview mit der «Süddeutschen» vor, mit seiner Exportstärke seit Jahren die EU-Partner auszubeuten. Und Frankreichs Präsident Emmanuel Macron warnte in der «Financial Times» davor, dass in seinem Land die Populisten die Macht übernehmen, sollte der reiche Norden nicht handeln. Wieder einmal wird der Untergang der EU herbeigeredet.

Bei ihrem virtuellen Treffen am Donnerstag aber haben sich die EU-Staats- und Regierungschefs zusammengerauft. Sie haben erkannt: Das Coronavirus trifft uns als Ganzes. Von einem «symmetrischen Schock» sprechen die Experten. Gleichwohl verfügt nicht jeder über dieselben wirtschaftlichen Abwehrkräfte. Man muss einander helfen.

Neben dem 540 Milliarden schweren Soforthilfepaket einigten sich die Vertreter der 27 Mitgliedstaaten auf die Einrichtung eines weitreichenden «Corona-Aufbaufonds». Wie viel Geld in

den Topf fliessen wird, ist noch unklar. Es gehe aber nicht um Milliarden, sondern um Billionen, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen. Bleibt die Frage: Wie soll dieses Geld beschafft und wie verteilt werden? Bis Anfang Mai hat die Kommission Zeit, einen Vorschlag für die Regierungschefs zu erarbeiten.

EU-Budget als Basis

Wegweisend ist, dass man sich auf eine Gemeinschaftsmethode geeinigt hat. Nicht eine zwischenstaatliche Einrichtung wie der Europäische Schutzmechanismus (ESM), sondern das EU-Budget wird im Zentrum des Wiederaufbaus stehen. Es ist ein gemeinschaftlicher Ansatz, eingebettet in und kontrolliert durch die EU-Institutionen. Das ist ein wichtiges Zeichen, die Sache geeint angehen zu wollen. Mit seinen vielfältig einsetzbaren Instrumenten kann das EU-Budget ausserdem vielfältig bedient werden: Kredite, Geldtransfers, Investitions-hilfen und Garantien könnten bei der Corona-Aufklärungsarbeit zum Einsatz kommen.

Um an Feuerkraft zu gewinnen, muss das EU-Budget allerdings erst einmal aufgestockt werden. Das grösste Hindernis dabei ist bereits ausgeräumt: Am Donnerstag hat Kanzlerin Angela Merkel im Bundestag zugesagt, dass Deutschland mehr einzahlen werde. Am Schluss könnte der gemeinsame Haushalt laut Beobachtern statt dem heutigen 1 Prozent der Wirtschaftsleistung auf gegen 1,5 Prozent ansteigen. Die



EU hätte für die Jahre 2020 bis 2027 damit auf einen Schlag über 500 Milliarden Euro mehr in der Kasse. Das sind keine Peanuts. Doch als gesamteuropäischer Stimulus wird es in Zeiten von Corona nicht reichen. Zum Vergleich: Das Deutsche Hilfspaket allein beläuft sich auf über 600 Milliarden Euro.

Die EU wird auf eine Art der Geldvermehrung zurückgreifen, die sich nach der Finanz- und Schuldenkrise schon bewährt hat. Mit dem Einsatz von wenigen Milliarden Euro als Risikogarantien konnten im Rahmen des «Juncker-Plans» via die Europäische Investitionsbank (EIB) private Investitionen von gegen

400 Milliarden Euro angekurbelt werden. Aus wenig macht viel, dank dem Hebelgesetz.

Ein weiterer Teil des Geldes aus dem gemeinsamen Haushalt dürfte als Sicherheit verwendet werden, um sich auf den Finanzmärkten mit billigen Krediten einzudecken. Die Zinsen sind tief, und die EU-Kommission hat eine ausgezeichnete Kreditwürdigkeit. Die Kredite könnten dann wieder zurück an die bedürftigen Mitgliedstaaten fliessen. Interessanterweise handelt es sich hier zwar um gemeinsame, aber keine vergemeinschafteten Schulden à la Eurobonds. Der Unterschied: Die EU-Staaten haften zwar gegenseitig füreinander. Jedoch nur

bis zur Höhe ihres jeweiligen Budgetbeitrags. Doch Italien, Spanien und andere Südländer lehnen neue Kredite ab. Sie wollen nicht noch mehr Zinsen bezahlen, als sie es für ihre riesigen Schuldenberge heute schon tun müssen. Was sie wollen, sind Aufwands-perdu-Beiträge, also nicht rückzahlbare Geldtransfers. In den nördlichen EU-Staaten gilt das bis jetzt allerdings als No-Go.

Ewige Schulden

Wie ein Kompromiss aussehen könnte, skizziert Guntram Wolff, Direktor der Wirtschaftsdenkfabrik Bruegel in Brüssel. Er schlägt vor, dass die vom Coronavirus hart getroffenen Staaten über das EU-Budget Kredite erhalten. Zugleich sollen ihnen die Zinskosten von den EU-Partnern solidarisch abgenommen werden. Die Schulden der kreditnehmenden Staaten würden sich so zwar formell erhöhen, die Zinslast aber bliebe dieselbe. Wolff: «Die hohen Schulden an sich sind ja auch nicht das Problem in Südeuropa, sondern die Zins- und Refinanzierungskosten».

Würden die Kredite zudem mit einer genug langen Laufzeit versehen, nähere man sich dem Konzept der «ewigen Schulden» an. Das sind Anleihen, welche in Wirklichkeit nie zurückgezahlt, sondern höchstens umgeschichtet werden. Die EU müsste die Zinszahlungen für diese «Corona-Schulden» ihrer Mitglieder dann periodisch erneuern. Es wäre ein Zeichen sich wiederholender Solidarität.

Der französische Präsident Emmanuel Macron nimmt an der EU-Video-Konferenz teil. (Paris, 23. April 2020)



Paris in Zeiten der Notstandsmassnahmen gegen die Corona-Pandemie. (24. März 2020)

Frankreichs Zentralstaat versagt

Im Kampf gegen die Covid-19-Pandemie reagierten die Regionen schneller als Paris. Sie wollen nun mehr Kompetenzen, zu viele Aufgaben möchten sie aber doch nicht übernehmen. **Von Christine Longin, Paris**

Streit um Befugnisse



Will mehr Kompetenzen, vor allem bei den Corona-Notmassnahmen: Hervé Morin, Präsident der Region Normandie.

in Flugzeug aus Schanghai landete Anfang April auf dem Flughafen Basel-Mulhouse. An Bord: 3,6 Millionen Masken, die zum Schutz vor der Lungenkrankheit Covid-19 unter anderem für Altersheime und Spitexdienste in der Region Bourgogne-Franche-Comté und im Süden Frankreichs bestimmt waren. Doch abgeholt wurden sie von Soldaten, die die wertvolle Lieferung im Namen des Staates beschlagnahmten und an die regionale Agentur des Gesundheitsministeriums in Ostfrankreich weiterleiteten. «Jeder bestellt Masken, aber keiner will es mehr laut sagen, aus Angst, dass der Staat sie einkassiert», kritisierte Renaud Muselier, der Präsident der Vereinigung der französischen Regionen.

Doch die Aktion zeigte nicht nur, wie stark der Zentralstaat in Frankreich ist, sondern auch wie schwach. Die Beschlagnahmung lag zwar durchaus in der Kompetenz der Regierung, denn ein Dekret sieht vor, dass das Gesundheitsministerium aus dem Ausland eingeführte Masken bis Ende Mai für das medizinische Personal beanspruchen darf. Auch ein Einheitspreis für Reinigungsgel wurde auf diese Weise festgelegt. Die ordnende Hand des Staates hatte es allerdings im Vorfeld versäumt, ausreichend Mundschutz für die Spitäler im Falle einer Epidemie zu lagern. Eine strategische Reserve wurde 2013 aufgelöst, so dass am 21. März, als schon eine Ausgangssperre galt, nur fünf Millionen FFP2-Masken mit Atemfilter verfügbar waren.

Die Region kümmert sich um euch

Kein Wunder also, dass Regionen und Gemeinden die Möglichkeit, selbst ihre Masken zu bestellen, auch nutzten. Rund 60 Millionen Masken kamen auf diesem Weg seitler neben Land. Fotos zeigen Regionalpräsidenten in Leinwand Paletten mit Kartons voller Mundschutz, auf denen in grossen Buchstaben der Name ihrer Region steht. «Das bedeutet: Die Region kümmert sich um euch, denn der Staat als schützende Instanz ist nicht mehr in der Lage, das zu tun», sagt der Politologe Jérôme Fourquet zur Aktion.

Gleiches gilt auch für die Virusstests. Fünf dieser Tests kamen Mitte April auf 1000 Einwohner laut der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Damit gehörte Frankreich zu den

Schlusslichtern der OECD - hinter der Türkei und vor Chile. Unter dem Titel «Fiasko des Staates» enthüllte die Zeitung «Le Monde» bürokratische Hürden, die breit angelegte Tests schon im März verhinderten. So untersagten einige der regionalen Agenturen des Gesundheitsministeriums privaten Labors zunächst, die Nachweise vorzunehmen. Auch Forschungslabore und tiermedizinische Einrichtungen kamen anfangs nicht zum Zug. Für das Ende der Ausgangssperre am 11. Mai will die stark betroffene östliche Region Grand Est deshalb mithilfe eines eigens gegründeten Unternehmens Millionen serologischer Tests selbst bestellen und verteilen. «Wir wollen nicht den Tests hinterherrennen, wie wir den Masken hinterhergerannt sind», sagt Regionalpräsident Jean Rottner, selbst Notfallmediziner, zur Begründung der Initiative.

Die Corona-Pandemie zeigt die Grenzen des zentralistischen Staatsmodells auf. Dem Virus ist die territoriale Gleichheit, auf die sich die Regierung gerne beruft, gleichgültig. Im dichtbesiedelten Grossraum Paris gibt es Tausende Tote, im ländlichen Département Lozère in den Cevennen dagegen keinen einzigen. «Die auf den Staat ausgerichtete zentralisierte Organisation war der Situation nicht angepasst», gibt der frühere Minister François Bayrou zu. Er ist ein enger Vertrauter von Präsident Emmanuel Macron. «Wenn man etwas aus der Krise lernen kann, dann die Tatsache, dass die lokalen Initiativen viel wirksamer sind, um auf Unvorhergesehenes zu reagieren», sagte er der Zeitung «Le Figaro».

Genau solche Initiativen waren in den vergangenen Wochen trotzdem nicht willkommen. Als Städte wie Seaux in der Nähe von Paris eine Maskenpflicht einführen wollten, zwang Innenminister Christophe Castaner sie, die Entscheidung zurückzunehmen. Gleichheit müsse auch zwischen Frankreichs Städten das oberste Gebot sein, lautete das Argument. Einzelne Städte, die kostenlosen Masken verteilen, sind ihm ein Dorn im Auge. Ab dem 4. Mai soll deshalb Mundschutz an alle Franzosen ausgegeben werden.

Der Zentralismus, der sogar die Ausgabe von Schutzmasken von oben regeln will, ist ein Erbe der Französischen Revolution. Damals schalteten die für zentralstaatliche Gleichheit kämpfenden Jakobiner die Girondisten aus, die für stärkere lokale Freiheiten

eintraten. Forderungen nach mehr regionaler Autonomie, wie sie beispielsweise die Korsen erheben, sind seither tabu. So hat Frankreich die Europäische Charta der Regional- und Minderheitensprachen, die sprachliche Minderheiten schützt, nicht ratifiziert. Schon die Jakobiner gingen gegen die Regionalsprachen vor - im Namen der Egalité.

Doch über eine Dezentralisierung wird seit Jahrzehnten diskutiert. Präsident François Mitterrand machte den Anfang damit, zentralstaatliche Kompetenzen schleichungsweise abzugeben. Seit 2003 steht in Artikel 1 der Verfassung: «Die Organisation (der französischen Republik) ist dezentralisiert.» Dass das nur in der Theorie gilt, machten allerdings die Proteste der Gelbwesten deutlich. Die «Gilets jaunes» gingen 2019 auch deshalb auf die Strasse, weil die Regierung in Paris von oben herab Dinge entscheidet, die die Menschen Hunderte Kilometer entfernt in der Provinz betreffen. Zum Beispiel die Erhöhung der CO₂-Steuer auf Benzin, die vor allem in der auf Auto angewiesenen Landbevölkerung Unmut und monatelange, teils gewalttätige Demonstrationen auslöste.

Im Zuge der Proteste begann Macron eine nationale Debatte, die ihn in die tiefste Provinz führte. Der als abgehoben geltende Staatschef suchte plötzlich den Kontakt zu den Präsidenten der 36 000 Gemeinden, den mit Abstand beliebtesten Amtsträgern. Heraus kam unter anderem das Versprechen, die Dezentralisierung weiter voranzutreiben. Ein neuer Schritt war eigentlich für dieses Frühjahr geplant. Der Staatschef hatte versprochen, das komplizierte Schichtmodell der Kompetenzen, gerne mit einem Blätterteig verglichen, zu vereinfachen und den Regionen mehr Verantwortung beispielsweise beim Umweltschutz zu übertragen.

Im Licht der Corona-Pandemie wirkt ein solcher Plan jedoch viel zu schwach. Schliess-

In Frankreich, wo es mehr als 22 000 Tote gibt, schaut man genau auf die viermal niedrigere Sterberate in Deutschland.

lich waren die Regionalpräsidenten die «fliegenden Feuerwehrleute» vor Ort, wie es einer von ihnen ausdrückte. Sie kümmerten sich nicht nur um Masken, sondern vergaben auch schnelle Finanzhilfen an notleidende Kleinunternehmen und besorgten Computer für den Fernunterricht sozial schwacher Schüler. Gegen den Allmachtsanspruch des Zentralstaates treten sie jetzt entsprechend selbstbewusst auf. «Frankreich muss das Prinzip der Subsidiarität erörtern», sagt der Präsident der Region Normandie, Hervé Morin. «Die Kompetenzen sollen da eingesetzt werden, wo sie am sinnvollsten sind», ergänzte er, bleibt aber vage, welche Befugnisse er genau meint. Morin will auf alle Fälle mitreden, wenn es um das Ende der Ausgangssperre geht. Denn dass der Lockdown in der nur wenig von Covid-19 betroffenen Normandie genau so lange dauern soll wie im Osten mit seinen Tausenden Toten, sieht er nicht ein.

Föderalismus nichts für Frankreich

Eine Abkehr vom Zentralismus können sich die Regionalregierungen nicht vorstellen. Ein föderalistisches Modell mit mächtigen Regionen, die mehr als nur die Oberstufe der Schule oder den öffentlichen Verkehr in ihren Händen haben wie in seinem Land, wäre für Morin zu viel: «Frankreich ist nicht für den Föderalismus gemacht», sagt der konservative Politiker, der mit seiner Meinung nicht allein steht. Es gibt keine einzige grössere Partei, die für einen solchen Staat eintritt. Dass Länder wie Deutschland mit seinen selbstbewussten Bundesländern bisher besser durch die Krise gekommen sind, wird allerdings auch in Frankreich zur Kenntnis genommen.

In Frankreich, wo es inzwischen mehr als 22 000 Tote gibt, schaut man genau auf die viermal niedrigere Sterberate in Deutschland. In das Krisenmanagement Macrons haben nur noch 41 Prozent seiner Landsleute Vertrauen. Mehr trauen sie der Regierung zu, wenn es um die Bewältigung der wirtschaftlichen Folgen der Pandemie geht. Dann ist der starke Staat wieder gefragt. «Die erste Antwort wird lauten: Wir brauchen einen Staat, der schützt, denn wir haben Millionen Arbeitslose», sagt der Politologe Fourquet voraus. Die Corona-Pandemie hat die Schwächen des Zentralismus offengelegt. Dessen Ende hat sie aber noch lange nicht eingeläutet.